

Bewerberdatenschutzerklärung der GZ Media GmbH

Die Bewerbung auf einen Arbeitsplatz in unserem Unternehmen, der GZ Media GmbH (im Weiteren „GZ“ genannt), führt zwangsläufig dazu, dass persönliche Daten (sog. personenbezogene Daten) erhoben und verarbeitet werden müssen. Der verantwortungsvolle Umgang mit diesen Daten ist uns dabei ein wichtiges Anliegen, um den notwendigen Schutz der Privatsphäre aller Stellenbewerber zu gewährleisten. Wir legen deshalb auf Datenschutz und Datensicherheit den größten Wert und beachten selbstverständlich die geltenden datenrechtlichen Schutzvorschriften, insbesondere nach der Datenschutzgrundverordnung (im Weiteren kurz „DSGVO“), dem Bundesdatenschutzgesetz (im Weiteren kurz „BDSG“) sowie sonstigen spezialgesetzlichen datenrechtlichen Schutzvorschriften.

Dies vorausgeschickt erläutern wir Ihnen nachfolgend im Einzelnen, wofür diese Datenschutzerklärung gilt, wer bei uns für den Datenschutz verantwortlich ist, zu welchen Zwecken, in welchem Umfang und wie lange bei uns Ihre Daten erhoben, verarbeitet und genutzt werden und welche Rechte Ihnen zustehen:

1. Für wen gilt diese Datenschutzerklärung?

Diese Datenschutzerklärung gilt für alle Personen, die sich bei der GZ Media GmbH auf einen Arbeitsplatz bewerben. Insbesondere gilt sie auch für sog. Initiativbewerbungen.

Ferner gilt diese Datenschutzerklärung für Bewerbungen auf Ausbildungs-, Volontärs- oder Praktikantenstellen.

2. Was sind personenbezogene Daten?

Personenbezogene Daten sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Dies können neben Ihrem Namen auch alle anderen Angaben sein, die Sie als Person identifizierbar machen. Sobald eine Angabe einen Rückschluss auf Sie zulässt, fällt sie somit unter den Begriff der personenbezogenen Daten. In welcher Form der Personenbezug besteht, ist unerheblich. Auch Fotos, Video- oder Tonaufnahmen können personenbezogene Daten darstellen.

Das Datenschutzrecht kennt ferner den Begriff der *besonderen personenbezogenen Daten*, an deren Verarbeitung die DSGVO verschärfte Anforderungen stellt. Besondere Arten personenbezogener Daten sind solche, aus denen die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgehen, sowie genetische Daten, biometrische Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person, Gesundheitsdaten oder Daten zum Sexualleben oder der sexuellen Orientierung einer natürlichen Person (Art. 9 DSGVO).

3. Kontaktdaten des Verantwortlichen für den Datenschutz bei der GZ

Verantwortlich für den Datenschutz bei der GZ ist die Firma GZ Media GmbH, Bäckerstraße 31-35, 38640 Goslar, E-Mail: datenschutz@goslarsche-zeitung.de, Telefon: 05321/333-0.

Verantwortlicher für den Datenschutz in der Geschäftsleitung der GZ ist Herr Klemens Karl Krause, geschäftsansässig Bäckerstraße 31-35, 38640 Goslar, E-Mail: klemens.karl.krause@goslarsche-zeitung.de, Tel.: 05321/333-0.

4. Datenschutzbeauftragter / zuständige Datenaufsichtsbehörde

Die GZ hat einen Datenschutzbeauftragten (Herr Karl-Uwe Lüllemann) bestellt: Fa. SK-Consulting Group GmbH, Osterweg 2, 32549 Bad Oeynhausen, E-Mail: datenschutz@goslarsche-zeitung.de, Tel.: 05731/15026-0.

Zuständige Datenaufsichtsbehörde ist:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen
Prinzenstraße 5
30159 Hannover
Telefon: +49 511 120-4500
Telefax: +49 511 120-4599
E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de

5. Datenerhebung

Um Ihre Bewerbung berücksichtigen zu können, benötigen wir von Ihnen einige Pflichtangaben. Dies sind:

- *Vor- und Nachname, Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Land:* Dies sind Ihre Stammdaten.
- *E-Mail-Adresse, Telefonnummer und / oder Mobilnummer:* Ihre Kontaktdaten benötigen wir, um Sie im Bewerbungsverfahren problemlos und schnell kontaktieren zu können.
- *Schulbildung, Berufsausbildung, Führerschein/Staplerschein:* Diese Angaben benötigen wir, da Ihr Qualifikationsprofil für die Entscheidung über die Begründung eines Beschäftigungsverhältnisses für uns ausschlaggebend ist.
- *Arbeitszeugnisse von ehemaligen Arbeitgebern (soweit vorhanden):* Diese Daten benötigen wir ebenfalls, um beurteilen zu können, ob Sie für einen Arbeitsplatz geeignet sind.

Rechtsgrundlage für die Erhebung der o.g. Pflichtangaben ist § 26 Absatz 1 Satz 1 BDSG n.F. in Verbindung mit Artikel 88 Absatz 1 DSGVO.

Neben den o.g. Pflichtangaben können Sie Ihre Bewerbung um weitere personenbezogene Daten ergänzen, wenn Sie davon ausgehen, dass diese für den Auswahlprozess

notwendig oder hilfreich sein können. Dies ist jedoch stets freiwillig und stellt keine Voraussetzung für ein Bewerbungsverfahren dar.

6. Übermittlung von personenbezogenen Daten an Dritte

6.1. Übermittlung an Dritte, insbesondere andere Unternehmen

Wir werden personenbezogene Daten im Rahmen eines Bewerbungsverfahrens grundsätzlich nicht an Dritte übermitteln.

Für den Fall, dass Sie sich bei uns per E-Mail beworben haben und / oder es im Laufe des Bewerbungsverfahrens zu einer Kommunikation per E-Mail kommt, weisen wir Sie allerdings darauf hin, dass bei der GZ als technischer Dienstleister ein Unternehmen im Einsatz ist, das uns u.a. bei system-technischen Problemen und Fragestellungen mit unserem Email-System inklusive der Email-Archivierung unterstützt. Um Probleme mit dem Email- und Email-Archivierungssystem möglichst rasch und effektiv lösen zu können, verfügt dieser technische Dienstleister über einen Zugriff auf dieses System. Dies führt dazu, dass er im Falle eines solchen Zugriffs auch Einsicht in empfangene und versendete Emails und die dort aufgeführten personenbezogenen Daten nehmen kann. Rechtsgrundlage hierfür ist Artikel 6 Abs. 1 Ziffer b und f DSGVO sowie Artikel 28 DSGVO. Der Dienstleister ist vertraglich verpflichtet, nur in unserem Auftrag zu handeln. Eine Nutzung für eigene Zwecke ist hingegen ausgeschlossen.

Zudem übermitteln wir Ihre Daten ausnahmsweise an Dritte

- wenn und soweit dies zur Durchsetzung uns zustehender Ansprüche notwendig ist; hierunter fällt auch die Übermittlung von personenbezogenen Daten an Berater, Anwälte und Syndikusanwälte und ähnliche Personen aus betrieblichen Gründen,
- wenn wir gesetzlich dazu verpflichtet sind oder durch ein Gericht entsprechend verpflichtet werden,
- wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, für die Übermittlung von personenbezogenen Daten über eine Forderung gegen Sie an Auskunftsteien und
- wenn es sich um Anfragen von behördlichen Organen, insbesondere Strafverfolgungs- und Aufsichtsbehörden, handelt, wenn und soweit dies zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie zur Verfolgung von Straftaten erforderlich ist.

6.2. Übermittlung an sog. Drittländer oder internationale Organisationen

Eine Übermittlung von Ihren personenbezogenen Daten an ein sog. Drittland oder eine internationale Organisation erfolgt nicht. Als Drittländer gelten Staaten außerhalb der Europäischen Union sowie des Europäischen Wirtschaftsraums (EWG). Eine internationale Organisation ist hingegen eine völkerrechtliche Organisation und ihre nachgeordneten Stellen oder eine sonstige Einrichtung, die durch eine zwischen zwei oder mehr Ländern geschlossene Übereinkunft oder auf der Grundlage einer solchen Über-

einkunft geschaffen wurde (so wortwörtlich Artikel 4 Nr. 26 DSGVO). Eine Ausnahme hiervon wäre nur denkbar, wenn Sie dies veranlassen würden. Rechtsgrundlage hierfür ist Artikel 6 Absatz 1 Ziffer b DSGVO, § 24 BDSG.

7. Die Dauer der Speicherung Ihrer Daten

7.1. Bei erfolgreichen Bewerbungen

Die Unterlagen von Bewerbern, mit denen ein Arbeitsvertrag geschlossen wird, werden zur Personalakte genommen. Sie werden erst dann gelöscht, wenn nach seinem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis die Arbeitsvertragsdaten gelöscht werden. Hierüber erhalten Sie nochmals genauere Informationen in unserer Mitarbeiterdatenschutzerklärung, die Ihnen vor Beginn des Beschäftigungsverhältnisses ausgehändigt wird.

7.2. Bei erfolglosen Bewerbungen

Unterlagen von Bewerbern, mit denen kein Arbeitsvertrag abgeschlossen wird, werden für maximal sechs Monate aufbewahrt. Die Aufbewahrung dient insbesondere der Abwehr von etwaigen Ansprüchen aus dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz. Danach werden die Stellenbewerbungen komplett gelöscht (digital) oder vernichtet bzw. an Sie zurückgeschickt (Papierform). Die Löschung einer digitalen Bewerbung erfasst neben der eigentlichen Bewerbung auch die Vernichtung eines etwaigen Ausdrucks einer digitalen Bewerbung.

Sollte ein abgelehnter Bewerber wegen einer behaupteten Benachteiligung im Rahmen des Bewerbungsverfahrens Ansprüche gegen die GZ geltend machen, dürfen die Daten auch für die Zeit während des Prozesses gespeichert werden. Nach Abschluss des Prozesses werden gerichtliche Unterlagen in unserem Unternehmen für maximal weitere 30 Jahre aufbewahrt. Rechtsgrundlage hierfür ist Artikel 6 Abs. 1 Ziffer f DSGVO.

Möchten wir Bewerbungsunterlagen aufbewahren, weil eine Bewerbung für eine aktuelle Stelle zwar nicht in Frage kommt, aber grundsätzlich für uns interessant ist, bedarf es hierfür der ausdrücklichen schriftlichen Einwilligung des Bewerbers. In diesem Fall würden wir auf Sie mit der entsprechenden Einwilligungserklärung zukommen. Wird uns von Ihnen diese Einwilligung nicht erteilt, wird Ihre Bewerbung entsprechend den oben dargestellten Grundsätzen vernichtet.

7.3. E-Mail-Kommunikation während des Bewerbungsverfahrens

Digitale Bewerbungen, die Sie an unseren E-Mail-Account bewerbung@goslarsche-zeitung.de geschickt haben, werden nicht archiviert. Mit Löschung Ihrer Bewerbungs-E-Mail und der Vernichtung eines etwaigen Ausdrucks Ihrer digitalen Bewerbung sind somit keine Daten von Ihnen in unserem Unternehmen mehr vorhanden.

Für den Fall, dass es im Rahmen eines Bewerbungsverfahrens zu einer E-Mail-Kommunikation kommt, die nicht über den E-Mail-Account bewerbung@goslarsche-zeitung.de läuft, weisen wir daraufhin, dass alle sonstigen ein- und ausgehenden E-Mails in

unserem Unternehmen für die Dauer von maximal 10 Jahren archiviert werden. Anschließend werden die Daten komplett gelöscht.

8. Ihre Rechte

8.1. Auskunftsrechte (laut Artikel 15 DSGVO)

Sie haben das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob wir personenbezogene Daten zu Ihrer Person verarbeiten oder nicht. Wenn wir personenbezogene Daten von Ihnen verarbeiten, haben Sie Anspruch zu erfahren,

- warum wir Ihre Daten verarbeiten (siehe auch Ziffer 5);
- was für Arten von Daten wir von Ihnen verarbeiten;
- welche Art von Empfängern, Daten von Ihnen erhalten oder erhalten sollen (siehe auch Ziffer 6);
- wie lange wir Ihre Daten speichern werden; falls eine Angabe zur Speicherdauer nicht möglich ist, müssen wir mitteilen, wie es zur Festlegung der Speicherdauer kommt (z.B. nach Ablauf gesetzlicher Aufbewahrungsfristen) (siehe auch Ziffer 7);
- dass Sie ein Recht auf Berichtigung und Löschung, der Sie betreffenden Daten einschließlich des Rechts auf Einschränkung der Bearbeitung und/oder der Möglichkeit zum Widerspruch haben (siehe hierzu auch die nachfolgenden Ziffern 8.2, 8.3 und folgende);
- dass Sie ein Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde haben;
- woher Ihre Daten stammen, falls wir sie nicht bei Ihnen direkt erhoben haben sollten;
- ob Ihre Daten für eine automatische Entscheidung verwendet werden und wenn dies der Fall ist, zu erfahren welche Logik der Entscheidung zu Grunde liegt und welche Auswirkungen und Tragweite die automatisierte Entscheidung für Sie haben kann;
- dass wenn Daten über Sie in ein Land außerhalb der Europäischen Union übermittelt werden, Sie Anspruch auf Auskunft haben, ob und falls ja aufgrund welcher Garantien ein angemessenes Schutzniveau beim Datenempfänger sichergestellt ist;
- dass Sie das Recht haben, eine Kopie Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen. Datenkopien werden grundsätzlich in elektronischer Form zur Verfügung gestellt.

Die erste Kopie ist kostenfrei, für weitere Kopien kann ein angemessenes Entgelt verlangt werden. Eine Kopie kann nur soweit bereitgestellt werden, soweit die Rechte anderer Personen hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

8.2. Recht zur Berichtigung der Daten (laut Artikel 16 DSGVO)

Sie haben das Recht, von uns die Berichtigung Ihrer Daten zu verlangen, wenn diese nicht richtig und/oder unvollständig sein sollten. Zu diesem Recht gehört auch das Recht auf Vervollständigung durch ergänzende Erklärungen oder Mitteilungen. Eine Berichtigung und/oder Ergänzung muss ohne schuldhaftes Zögern erfolgen.

8.3. Recht auf Löschung von personenbezogener Daten (laut Artikel 17 DSGVO)

Sie haben das Recht, von uns die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, wenn

- die personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie erhoben und verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind;
- die Datenverarbeitung aufgrund einer von Ihnen erteilten Einwilligung erfolgt und Sie die Einwilligung widerrufen haben; dies gilt allerdings nicht, wenn eine andere gesetzliche Erlaubnis für die Datenverarbeitung besteht;
- Sie einen Widerspruch gegen eine Datenverarbeitung eingelegt haben, deren gesetzliche Erlaubnis im sogenannten „berechtigten Interesse“ (laut Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben e oder f) liegt; eine Löschung muss allerdings dann nicht erfolgen, wenn vorrangige berechnete Gründe für eine weitere Verarbeitung vorliegen;
- Sie einen Widerspruch gegen eine Datenverarbeitung zum Zwecke der Direktwerbung eingelegt haben;
- Ihre personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden;
- es sich um Daten eines Kindes handelt, die für Dienste der Informationsgesellschaft (= elektronische Dienstleistung) auf Grundlage der Einwilligung (gem. Artikel 8 Abs. 1 DSGVO) erhoben wurden.

Ein Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht nicht, wenn

- das Recht zur freien Meinungsäußerung und Information dem Löschanforderungen entgegensteht;
- die Verarbeitung personenbezogener Daten
 - zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (z. B. gesetzliche Aufbewahrungspflichten),
 - zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben und Interessen nach geltendem Recht (hierzu gehört auch die „öffentliche Gesundheit“) oder
 - zu Archivierungs- und/oder Forschungszwecken erforderlich ist;
- die personenbezogenen Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich sind.

Die Löschung muss unverzüglich (ohne schuldhaftes Zögern) erfolgen. Sind personenbezogene Daten von uns öffentlich gemacht worden (z.B. im Internet), haben wir im Rahmen des technisch Möglichen und Zumutbaren dafür zu sorgen, dass auch andere Datenverarbeiter über das Löschungsverlangen einschließlich der Löschung von Links, Kopien und/oder Replikationen informiert werden.

8.4. Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung (laut Artikel 18 DSGVO)

Sie haben das Recht, die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten in folgenden Fällen einschränken zu lassen:

- Wenn Sie die Richtigkeit Ihrer personenbezogenen Daten bestritten haben, können Sie von uns verlangen, dass Ihre Daten für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit nicht anderweitig genutzt und somit deren Verarbeitung eingeschränkt werden.
- Bei unrechtmäßiger Datenverarbeitung können Sie anstelle der Datenlöschung die Einschränkung der Datennutzung verlangen;
- Benötigen Sie Ihre personenbezogenen Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen, aber wir benötigen Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr, können Sie von uns die Einschränkung der Verarbeitung auf die Rechtsverfolgungszwecke verlangen.
- Haben Sie gegen eine Datenverarbeitung Widerspruch aufgrund ihrer besonderen Situation (nach Artikel 21 Abs. 1 DSGVO) eingelegt (siehe auch Ziffer 8.6.) und steht noch nicht fest, ob unsere Interessen an einer Verarbeitung Ihre Interessen überwiegen, können Sie verlangen, dass Ihre Daten für die Dauer der Prüfung für andere Zwecke nicht genutzt und somit deren Verarbeitung eingeschränkt werden.

Personenbezogene Daten, deren Verarbeitung auf Ihr Verlangen eingeschränkt wurde, dürfen abgesehen von der Speicherung nur noch

- mit Ihrer Einwilligung,
- zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen,
- zum Schutz der Rechte anderer natürlicher oder juristischer Person, oder
- aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden.

Sollte eine Verarbeitungseinschränkung aufgehoben werden, werden Sie hierüber vorab unterrichtet.

8.5. Recht auf Datenübertragbarkeit (laut Artikel 20 DSGVO)

Sie haben das Recht die Daten, die Sie uns zur Verfügung gestellt haben, in einem gängigen elektronischen Format (z.B. als PDF- oder Excel-Dokument) von uns zu verlangen.

Sie können auch von uns verlangen, diese Daten direkt an ein anderes (durch Sie bestimmtes) Unternehmen zu übermitteln, sofern dies für uns technisch möglich ist.

Die Voraussetzung dafür, dass Sie dieses Recht haben, ist, dass die Verarbeitung Ihrer Daten auf Grundlage einer Einwilligung oder zur Durchführung eines Vertrages erfolgt und mit Hilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird.

Die Ausübung des Rechts auf Datenübertragbarkeit darf die Rechte und Freiheiten anderer Personen nicht beeinträchtigen.

Wenn Sie das Recht auf Datenübertragbarkeit nutzen, haben Sie auch weiterhin das Recht auf Datenlöschung laut Artikel 17 DSGVO.

8.6. Recht zum Widerspruch gegen bestimmte Datenverarbeitungen (laut Artikel 21 DSGVO)

Wenn Ihre Daten zur Wahrnehmung von im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben oder zur Wahrnehmung berechtigter Interessen verarbeitet werden, können Sie dieser Verarbeitung widersprechen. Sie müssen uns hierzu die Gründe, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, für Ihren Widerspruch darlegen. Dies können z. B. besondere familiäre Umstände oder schutzwürdige Geheimhaltungsinteressen sein.

Im Fall des Widerspruchs haben wir jede weitere Verarbeitung der vom Widerspruch betroffenen Daten zu unterlassen, es sei denn,

- es liegen zwingende, schutzwürdige Gründe für eine Verarbeitung vor, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder
- die Verarbeitung ist zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich.

Einer Verwendung Ihrer Daten zum Zwecke der Direktwerbung können Sie jederzeit widersprechen. Im Fall des Widerspruchs dürfen wir Ihre Daten nicht mehr zum Zwecke der Direktwerbung verwenden.

8.7. Ausübung der Betroffenenrechte

Zur Ausübung der Betroffenenrechte wenden Sie sich bitte an die unter Ziffer 3 genannten Stellen. Anfragen, die elektronisch eingereicht werden, werden in der Regel elektronisch beantwortet. Die nach der DSGVO zur Verfügung zu stellenden Informationen, Mitteilungen und Maßnahmen einschließlich der Ausübung der Betroffenenrechte werden grundsätzlich unentgeltlich erbracht. Lediglich im Fall von offenkundig unbegründeten oder exzessiven Anträgen sind wir berechtigt, für die Bearbeitung ein angemessenes Entgelt zu erheben oder von einem Tätigwerden abzusehen (laut Artikel 12 Absatz 5 DSGVO).

Bestehen im Einzelfall begründete Zweifel an Ihrer Identität, dürfen wir zum Zwecke der Identifizierung zusätzliche Informationen von Ihnen verlangen. Ist uns eine Identifizierung nicht möglich, sind wir berechtigt, die Bearbeitung Ihrer Anfrage zu verweigern.

Dies dient alleine dem Schutz Ihrer personenbezogenen Daten. Über eine fehlende Möglichkeit zur Identifikation werden wir Sie - soweit möglich - gesondert benachrichtigen (siehe Artikel 12 Absatz 6 und Artikel 11 DSGVO).

Auskunfts- und Informationsbegehren werden in der Regel unverzüglich, innerhalb eines Monats nach Eingang der Anfrage bearbeitet. Die Frist kann um weitere zwei Monate verlängert werden, soweit dies unter Berücksichtigung der Komplexität und/oder der Anzahl der Anfragen erforderlich ist; im Fall einer Fristverlängerung werden wir Sie innerhalb eines Monats nach Eingang Ihrer Anfrage über die Gründe für die Verzögerung informieren. Sollten wir auf einen Antrag hin nicht tätig werden, werden wir Sie unverzüglich innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags über die Gründe hierfür unterrichten und Sie über die Möglichkeit, bei einer Aufsichtsbehörde Beschwerde einzulegen oder einen gerichtlichen Rechtsbehelf in Anspruch zu nehmen, informieren (siehe Artikel 12 Absatz 3 und Absatz 4 DSGVO).

Bitte beachten Sie, dass Sie Ihre Betroffenenrechte nur im Rahmen von der Union oder den Mitgliedsstaaten vorgesehener Einschränkungen und Beschränkungen ausüben können (Artikel 23 DSGVO).

8.8. Rechtsschutzmöglichkeiten

Im Fall von Beschwerden können Sie sich jederzeit an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden. Für unser Unternehmen ist die in Ziffer 4 genannte Aufsichtsbehörde zuständig.

Sie haben auch das Recht auf einen gerichtlichen Rechtsbehelf (laut Artikel 78 DSGVO) gegen eine Aufsichtsbehörde. Genauso haben Sie das Recht auf gerichtlichen Rechtsbehelf (laut Artikel 79 DSGVO) gegen die GZ.

9. Automatisierte Entscheidungsfindungen inklusive Profiling

Artikel 22 Absatz 1 DSGVO gibt Ihnen das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die Ihnen gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder Sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt. Als „Profiling“ definiert das Gesetz dabei jede Art der automatisierten Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die darin besteht, dass diese Daten verwendet werden, um bestimmte persönliche Aspekte Ihrer Persönlichkeit zu bewerten wie z.B. Ihre wirtschaftliche Situation, Ihre Gesundheit, Ihre persönlichen Vorlieben u.ä. (so Artikel 4 Nr. 4 DSGVO).

Eine solche Entscheidungsfindung setzt die GZ nicht ein.

10. Notwendigkeit der Bereitstellung von personenbezogenen Daten

Wir haben eingangs bereits erwähnt, dass eine Stellenbewerbung die Übermittlung der unter Punkt 5. genannten personenbezogenen Daten erfordert. Eine Nichtbereitstellung

dieser Daten hätte somit bedauerlicherweise zur Folge, dass es uns unmöglich wäre, Ihre Stellenbewerbung zu berücksichtigen.

11. Änderung der Datenschutzhinweise

Wir behalten uns vor, diese Datenschutzerklärung zu aktualisieren. Über Aktualisierungen werden wir Sie zeitnah in Kenntnis setzen.

Version 1.1 Bewerber GZM | Stand: 3. Juli 2018